

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und bei Ausgabestellen 2 RM. Im Monat, bei Zahlung durch die Post 2 RM 20 Pf., bei Postbestellung 3 RM. Zugleich Abgabe 10 Pf. für die Postgebühren. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Geboten und unterzeichnet zu jeder Zeit. Verträge werden nach Möglichkeit angenommen bis zum 10. März. Durch Fernsprecher können Abbestellungen ohne Besondere Kosten gemacht werden. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Für die Richtigkeit der Angaben übernehmen wir keine Garantie. Jeder Abbesteller ist ersucht, wenn der Betrag durch die Post eingezogen werden muß, über die Zahlungsbefreiung in Kenntnis zu setzen. Abbestellungen sind ohne Angabe der Namen entgegenzunehmen.

Angabepreis: Die 4-spaltige Stammzelle 20 Pf., die 4-spaltige Zelle der amtlichen Bekanntmachungen 40 Pf., die 2-spaltige Zelle der amtlichen Bekanntmachungen 20 Pf., die 1-spaltige Zelle der amtlichen Bekanntmachungen 10 Pf. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Für die Richtigkeit der Angaben übernehmen wir keine Garantie. Jeder Abbesteller ist ersucht, wenn der Betrag durch die Post eingezogen werden muß, über die Zahlungsbefreiung in Kenntnis zu setzen. Abbestellungen sind ohne Angabe der Namen entgegenzunehmen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 3 — 90. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Wilsdruff“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2640

Montag, den 5. Januar 1931

Auf dem Fleck.

Es ist immer dieselbe Geschichte: Bis zum letzten Fort aus dem 19. oder gar 18. Jahrhundert haben wir in Deutschland nicht bloß den Entwaffnungsforderungen der Entente stattgegeben, sondern obendrein auch den vielfach geradezu entwürdigenden Kontrollmaßnahmen fremder Heeresangehöriger Hilfe geleistet. Wir haben ferner den nationalen, namentlich den polnischen Minderheiten kulturelle Rechte in einer Ausdehnung eingeräumt, wie es in Polen selbst, in Litauen, in der Tschechoslowakei, geschweige denn in Südtirol nie und nirgends geschehen ist. Polnische Staatsangehörige durften als Lehrer an polnische Minderheitenschulen nach Preußen berufen werden und selbst die paar tausend Wenden erhalten ihre national-kulturellen Sonderrechte. Was wir in Genuß und von Genuß seit fünf Jahren wosten, ist nur, daß wir für unsere Vollsouveränität jenseits der Reichsgrenzen, vor allem in den ehemals reichsdeutschen Gebieten, die selben Rechte kultureller Art zugesichert und gewährleistet erhalten. Darum ist es so niederdrückend, daß wir Deutsche in Genuß immer und immer wieder mit dieser Forderung kommen und um sie, die nur Selbstverständliches verlangt, noch hart streiten müssen.

Wenn jetzt der deutsche Außenminister auf den ihm für die bevorstehende Ratstagung anheimgefallenen Vorschlag verzichtet hat und mit dem englischen Kollegen Henderson tauscht, so hat die Reichsregierung diesen Verzicht für notwendig gehalten, damit ihr Vertreter seine Kraft eben vor allem und uneingeschränkt der Austragung unserer Beschwerden über Polen widmen kann. Tief bedauerlich ist es, daß sich eine Maßnahme überhaupt als notwendig erweist; hat sie doch auch eine Kritik der deutsch-nationalen Opposition im Reichstag hervorgerufen, weil jener Verzicht nun auch dazu führen werde, daß dem Vertreter Deutschlands damit nur geringere Einflußmöglichkeiten z. B. für die Anberaumung der zukünftigen Abrüstungskonferenz erhalten bleiben. Außerdem würde er größere Präzedenzrechte bei der Arbeit der zahlreichen „Vereinsausschüsse“ befehlen, die sich mit der Entscheidung über Minderheitsbeschwerden zu beschäftigen haben. Allerdings kann diese deutsch-nationale Interpellation angesichts der augenblicklichen Vertagung des Reichstages einen politischen bestimmenden Einfluß nicht ausüben, — im Februar wird man ja überhaupt erst feststellen, ob etwas und was bei der Genfer Konferenz herausgekommen ist.

Hoffentlich ist das mehr als das Ergebnis, das die „Vorberedende Abrüstungskommission“ dem Völkerbundrat vorzulegen hat. Auch hier stehen sich die Parteien scharf gegenüber, und für die allgemein-politische Situation ist es hinsichtlich der Abrüstungsfrage ungemein bezeichnend, daß Englands Vertreter Lord Cecil immer wieder jeden deutschen Rechtsanspruch auf eine Weltabrüstung energisch bestritt, also auch jeden Gedanken an eine militärische Gleichberechtigung, die den zwangsweise abgerüsteten Mittelmächten endlich das Gefühl des häßlichen Bedrohens nehmen kann. Und erst recht das Verlangen Deutschlands zurückweist, die Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrages ändern zu lassen, weil die deutsche Wehrlosmachung eben nicht die Einleitung zu einer allgemeinen Abrüstung geworden ist. Es besteht lediglich eine Verpflichtung der Signatarmächte von Versailles, ein gewisses Maß internationaler Abrüstung durchzuführen. Ein Maß allerdings, das nun jede Macht — selbst bestimmt. Natürlich ist das praktisch nichts anderes als eine Panzerotti-Erklärung der sogenannten „Arbeit“, die die Abrüstungskommission geleistet oder vielmehr nicht geleistet hat. Nicht unwichtig ist es, daß der englische Außenminister und zukünftige Präsident der Ratstagung, Henderson, auf der letzten Völkerbundversammlung in geradezu drastisch scharfer Form dem deutschen Standpunkt in der Abrüstungsfrage zugestimmt hat. Es wäre nicht ohne politische Bilanz, ihn jetzt an seine damaligen Äußerungen zu erinnern.

Auch die wirtschaftspolitischen Verhandlungen in Genf haben bisher zu einem irgendwie praktischen Ergebnis trotz der schweren Weltwirtschaftskrise nicht geführt. Der äußerst zahme und mit zahllosen Einschränkungen verlebene „Zollwaffenstillstand“ ist im Papierkorb verschwunden. Man glaubt nun allerdings, daß eine lange Unterredung des deutschen Vizekonsuls in Paris, v. Hoersch, mit dem französischen Vizekonsul in Paris, v. Hoersch, mit dem französischen Außenminister Briand sich vor allem mit wirtschaftspolitischen Themen beschäftigt habe, — denn auch Frankreich ist von der Weltkrise sehr und nicht mehr so unberührt wie noch in fast dem ganzen Jahre 1930. Und gerade die französische „Goldpolitik“ hat viel dazu beigetragen, diese Krise in europäischen Westeuropa noch zu verschärfen. Daher wäre es wirklich an der Zeit, wenn man in Genf wenigstens in den Fragen der wirtschaftlichen Krisenbekämpfung einen Schritt vorwärts machen würde.

Streikrückgang im Ruhrgebiet.

Ellen, 5. Januar. Nach den beim Bergbauverein eingegangenen Meldungen von den einzelnen Schachtanlagen über die Anfahrtsziffern zur Frühsschicht des Montagmorgens ergibt sich eine Streikbeteiligung bei dieser Frühsschicht von 7,10 v. H. gegen 11,00 v. H. am Sonnabend morgen.

Die bevorstehende Völkerbundtagung

Abrüstung und Minderheitenrecht in Genf.

Die Beschwerden gegen Polen.

In wenigen Tagen, am 19. Januar, beginnt in Genf die diesmalige Völkerbundtagung, die für Deutschland ein außergewöhnliches Interesse hat, weil sowohl die Beschwerden der Reichsregierung über die polnischen Gewalttaten bei der letzten Wahl gegen Deutsche wie auch die grundlegenden Fragen der Revision des Versailler Vertrages behandelt werden sollen. Der deutsche Minister hat für diesmal auf den ihm zuzuschendenden Vorschlag zugunsten des englischen Ministers Henderson verzichtet, weil Dr. Curtius bei Vertretung der deutschen Interessen in der Polenangelegenheit möglichst ungebundene Hände haben will. Die deutsche Abordnung für Genf wird voraussichtlich am 14. Januar von Berlin abreisen.

In England wird erklärt, daß die Entscheidung für Henderson, an Stelle von Curtius den Vorschlag der Januartagung des Völkerbundes zu übernehmen, nicht leicht gewesen sei, da der englische Außenminister durch zahlreiche Verpflichtungen gebunden sei. London habe aber diese Erwägungen gegenüber der Bedeutung der europäischen Fragen zurückgestellt. Hendersons Fähigkeiten als Vorsitzender des Völkerbundes würden erneut einer ernsten Probe unterzogen werden. Zwei Programmpunkte seien von allgemeiner europäischer Bedeutung, die Minderheitsbeschwerden und die Festlegung des Beginnes der Abrüstungskonferenz. Man könne erwarten, daß die polnische Antwort auf die Beschwerden einem Gegenangriff gleichkommen werde. In der Frage der Abrüstungskonferenz müsse man mit der Möglichkeit rechnen, ein früheres Datum für den Zusammenritt zu fordern, als es manche interessierten Mächte wünschten.

Die Front der Revisionsgegner.

In Frankreich beschäftigt man sich mit dem Besuch Benzelos in Warschau und sieht hierin den Auftakt eines Zusammenschlusses der Revisionsgegner. Der Hinweis, daß Deutschland die Minderheitsfrage zum Ausgangspunkt einer Aufrollung der gesamten Revisionsfrage benutzen wolle, habe genügt, die bedrohten Länder auf den Plan zu rufen. Der Widerstandsblock beginne sich langsam zu bilden, um denjenigen eine Warnung zu erteilen, die einen Streit heraufbeschwören wollten. Ihr Zusammenschluß sei um so fester, als man sich wohl oder übel davon überzeugen müsse, daß die Revisionsforderungen nicht nur Polen angingen, sondern auch Tschoslawien und die Steiermark. Es sei eigentümlich, zu beobachten, daß jetzt, vor dem Beginn der Genfer Konferenz, auf der sich Polen und Deutschland gegenüberstehen werden, in Frankreich der Gedanke immer größerer Verbreitung finde, daß es richtiger sei, die deutsch-polnische Grenze zu bereinigen und den Korridor dem Weltfrieden zu opfern. Man dürfe jedoch nicht vergessen, daß gerade der Bestand Polens die Garantie für einen europäischen Frieden sei. In Warschau wurde nach der Abreise von Benzelos eine Veröffentlichung der Regierung herausgegeben, in der darauf hingewiesen wird, daß die Gemeinsamkeit der Interessen auch weiterhin eine harmonische und freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen Polen und Griechenland bedinge, vor allen Dingen in der Frage einer lokalen Vereinigung und Wahrung der Friedensverträge. Der baldige Abschluß eines Schiedsgerichtsvertrages sei zu erwarten. Man sieht also deutlich die Grundlinien der deutsch-feindlichen Front.



Der englische Außenminister Henderson.

Protest gegen polnischen Blutterror.

Ruf der Oberschlesien an den Völkerbund.

Im Namen der politischen und kulturellen Organisationen aller Richtungen hat die Gleiwitzer Ortsgruppe der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier den Delegierten des Völkerbundes eine Eingabe zugehen lassen, in der es heißt:

Anlässlich einer gewaltigen Kundgebung unter Teilnahme der gesamten Bevölkerung der Stadt Gleiwitz erheben die Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier und die ihnen angeschlossenen Verbände der scharfen Protest gegen den Blutterror, unter dem die deutsche Minderheit in Oberschlesien leidet.

Wir klagen den Völkerbund an, daß er trotz wiederholter Warnungen und Vorstellungen unsererseits keine Verpflichtungen gegenüber den deutschen Minderheiten nicht erfüllt hat. Seit Jahren machen wir den Völkerbund auf die Tatsache aufmerksam, daß in Polen amtliche Stellen

systematisch zu einem neuen Aufstande oder zum Kriege heizen.

Wir wenden uns in höchster Not und Besorgnis deshalb an die Delegierten der einzelnen Staaten und gestalten uns auf die letzten Vorgänge noch einmal kurz aufmerksam zu machen: Bei den letzten polnischen Wahlen wurde

die deutsche Minderheit so ungeheuerlich terrorisiert, daß von einem Wahlrecht überhaupt nicht mehr gesprochen werden kann und 108 000 Deutsche in Ostoberschlesien der Wahlurne ferngehalten sind, denn die Ausschussbehörden verübten Überfälle, Drohungen, Mißhandlungen, Körperverletzungen mit tödlichem Ausgang, oder daß die Polizei eingeschritten wäre. Das Landvolk entwickelte sich genau so wie während des dritten Polenauflandes im Jahre 1921. Die polnische Regierung hat an der ober-schlesischen Grenze Zustände geschaffen, die eine Aufrechterhaltung der Ruhe verhindern und die Gefahr von Zusammenstößen zwischen Deutschen und Polen auf beiden Seiten bringen. Es ist noch gar nicht abzusehen, zu welchen Konflikten das Verhalten der polnischen Regierung führen wird.

Die Erregung in Oberschlesien ist aufs höchste gestiegen.

Die polnischen Intendanten scheinen darauf hinzuwirken, die Deutschen zu unbesonnenen Handlungen zu verleiten, um der polnischen Regierung einen längst erwünschten Anlaß zum Vorgehen zu geben und wieder einmal „vollendete Tatsachen“ zu schaffen. Der Marschall Wisniewski ist bereits in Anstalt wie sein Handelsminister Kwiatkowski, der öffentlich erklärte, Oberschlesien sei der wertvollste Schatz Polens. Er weiß aber auch, daß Oberschlesien nur als unteilbares Wirtschaftsgebiet zu betrachten ist. Er wird also, skrupellos wie er ist, alles versuchen, um auch den Teil Oberschlesiens für Polen zu gewinnen, der bei Deutschland verblieben ist. Mit welchen Mitteln er dies tun wird, das wird die Zukunft zeigen.

Zehn Jahre sind seit der ober-schlesischen Abstimmung verfloßen. Diese zehn Jahre haben mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß der Beschluß der Völkerbundkonferenz nicht dem Abstimmungsresultat entspricht und daß er eine

ständige Gefahrenquelle für den europäischen Frieden geworden

ist. Wir bitten daher mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß diese Gefahrenquelle durch eine Revision des Genfer Abstimmungsresultats beseitigt werde.

Die letzten Kräfte für Deutschlands Osten.

Eine Kundgebung des Reichskanzlers.

Anlässlich seiner Ostreise stellte Reichskanzler Dr. Brüning der Presse folgende Ausführungen zur Verfügung:

Die Vorkchaft des Herrn Reichspräsidenten vom 13. März 1930 bezeichnete als wesentliche Aufgaben der Reichsregierung die Hilfe für die Landwirtschaft und die hart bedrängten Gebiete an den Ostgrenzen des Reiches. Die neue Reichsregierung hat sich bemüht, ihr im Rahmen des Möglichen gerecht zu werden. Die Maßnahmen, die bisher für Ostpreußen getroffen waren, sollten durch ein umfassendes Osthilfegesetz auf die anderen nördlichen Gebiete an den Ostgrenzen ausgedehnt, sie sollten erweitert und organisch gestaltet werden. Letzter wurde durch die Auflösung des Reichstages der Erlass des umfassenden Osthilfegesetzes unmöglich gemacht. Nur die nötigsten und dringendsten Aufgaben konnten durch Notverordnungen des Herrn Reichspräsidenten in Gang gesetzt werden.

So ist es zu verstehen, daß die Erwartungen, die sich für die Bevölkerung an die Osthilfe knüpften, noch nicht so weit befriedigt werden konnten, wie es der Wille der Reichsregierung war und ist.

Der Wille, dort zu helfen, wo die Not am größten ist, ist der Grund für die Vereisung der Ostgrenze durch Mitglieder der Reichsregierung, Vertreter der preussischen Staatsregierung, den Reichsbankpräsidenten und den Generaldirektor der Reichsbahn-Gesellschaft. Trotz der knapp bemessenen Zeit soll versucht werden, möglichst mit allen Bevölkerungsteilen in Verbindung zu treten, möglichst alle Wünsche und Ausführungen entgegenzunehmen, und so ein umfassendes Gesamtbild der Lage und der Not zu gewinnen. Die Reise soll ein äußeres Zeichen dafür sein, daß der feste Wille der Selbsthaltung und der Staatsbehauptung, der Liebe zur eigenen Scholle und zum Vaterland, der in der Bevölkerung der Ostgebiete lebt, einig ist und gleich gerichtet mit dem Willen der Reichsregierung und des Herrn Reichspräsidenten, die nach wie vor bereit sind, die letzten Kräfte einzusetzen für Deutschlands Osten.

Neue Anleihe für den Osten?

Noch Erwägungen.

Im Zusammenhang mit der Ostreise des Reichskanzlers ist in letzter Zeit wiederholt von einer neuen Anleihe für den Osten die Rede gewesen. Auch ein